



Armut und Teilhabe

Eine der wichtigsten Aufgaben für die Gesellschaft ist die Bekämpfung von Armut. Das Armutsrisiko hat sich in Deutschland verfestigt, stellte im Frühjahr der neue Datenreport fest, herausgegeben von Statistischem Bundesamt, WZB und Bundesinstitut für Bevölkerungsforschung, zusammen mit dem Sozio-oekonomischen Panel und dem DIW Berlin.

In der Presse wurde dieser Befund teilweise in Frage gestellt: Die Entwicklung vor der Pandemie sei in allen Einkommensgruppen positiv verlaufen, auch die armen Menschen hätten nun mehr Geld, die Armut sei daher gesunken.

Diese Sicht blendet allerdings das Konzept der relativen Armut aus. Demnach gelten Menschen als armutsgefährdet, wenn sie weniger als 60 Prozent des Medianeinkommens der Gesamtbevölkerung verdienen. Der Anteil dieser Bevölkerungsgruppe ist deutlich gestiegen, wie der Datenbericht belegt: Ende der 1990er-Jahre zählte jede:r Zehnte dazu, 2018 war es jede:r Siebte.

Das ist ein Problem. Denn Menschen, die viel weniger als das Durchschnittseinkommen verdienen, drohen von der Teilhabe an der Gesellschaft abgekoppelt zu werden – besonders dann, wenn dieser Status über viele Jahre andauert. Verschiebt sich das Einkommensniveau für alle Gruppen nach oben, kann das zwar zu materiellen Verbesserungen für arme Menschen beitragen, ändert aber nichts an ihrer geringeren Teilhabe an Wohlstandssteigerungen im Vergleich zum Rest der Bevölkerung.

Wer nur das absolute Maß der Armut als entscheidend bewertet, muss sich um solche Fragen nicht kümmern. Ohne auf die relative Armut zu schauen, nimmt man allerdings die ungleiche Verteilung von Einkommen weiterhin in Kauf – und damit eine geringere Teilhabe vieler Menschen.

Jutta Allmendinger